



MARCO RASCH

(Deutsches Dokumentationszentrum für Kunstgeschichte –  
Bildarchiv Foto Marburg)

## „DAS RICHTIGE MAß ZWISCHEN DEM NOTWENDIGEN, DEM ERREICHBAREN UND DEM WÜNSCHENSWERTEN“\*

DER WIEDERAUFBAU IN FRANKFURT AM MAIN  
ZWISCHEN 1945 UND 1955

Die zu großen Teilen aus Fachwerkhäusern bestehende Frankfurter Altstadt galt vor dem Zweiten Weltkrieg für moderne Stadtplaner als ein überkommenes und unzeitgemäßes Relikt vergangener Zeiten, das zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der zumeist ärmlichen Bevölkerung einer dringenden komplexen Umgestaltung („Sanierung durch Abriss“<sup>1</sup>) bedurfte. Traditiona-

---

\* K. Blaum, *Grund- und Vorfragen dargestellt an den Problemen der Stadt Frankfurt a. M.*, (*Wiederaufbau zerstörter Städte* 1, 1946), S. 27. Folgende Abkürzungen werden im Text verwendet: HSW = Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, ISF = Institut für Stadtgeschichte Frankfurt.

<sup>1</sup> A. Walther, *Neue Wege zur Großstadtsanierung*, (1936), S. 5. Walther versucht aus soziologischer Sicht zu ergründen, welche Gebiete bei einer Altstadtsanierung zuerst berücksichtigt werden müssen. In Frankfurt hatte die „Sanierung durch Abriss“ schon Tradition: Unter dem Oberbürgermeister

listen dagegen schätzten die Vollständigkeit der über mehrere Jahrhunderte hinweg entstandenen Bebauung als ein Juwel, das zwar saniert werden müsse, ob seiner städtebaulichen Geschlossenheit aber unbedingt erhaltenswürdig sei. Die Debatte um die weitere Zukunft beendeten jedoch im März 1944 die verheerenden Bombenangriffe und die daraus resultierenden Großbrände, die zu einer fast vollständigen Zerstörung der Altstadt führten.

Anderthalb Jahre später, nur wenige Monate nach dem Krieg, berief der im Juli 1945 eingesetzte Oberbürgermeister der Stadt, Kurt Blaum<sup>2</sup>, als eine der ersten Amtshandlungen einen Bürgerrat von 25 Personen ein, der ihn in seiner Interimsregierung unterstützen sollte<sup>3</sup>. In einem Schreiben an das Military Government, das dieses Vorhaben genehmigte, hob Blaum „besonders hervor, dass für die grossen grundsätzlichen und wichtigen Fragen des Wiederaufbaues der Stadt Frankfurt am Main in ihrem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Bürgerrat ein Spiegelbild der verschiedenen

---

Franz Adickes begonnen (vgl. T. Derlam, *Aus dem Leben des letzten Frankfurter Altstadt-Baumeister*, handgeschriebenes Manuskript, [1958], S. 108, ISF, Sign. S 5/242), wurde sie zur Zeit der „Altstadtgesundung“ fortgeführt (vgl. *Die Stadt. Ihre Pflege und Gestaltung*, hg. v. W. Lindner, E. Böckler, (*Die landschaftlichen Grundlagen des deutschen Bauschaffens* 2, 1939), S. 267).

<sup>2</sup> Kurt Blaum (\* 10. April 1884 in Straßburg, † 26. November 1970 in Bad Homburg) war von 1921 bis 1933 Oberbürgermeister in Hanau, musste als Sympathisant der liberalen DDP aber das Amt aufgeben. Bis 1942 beschäftigte er sich mit kommunalwissenschaftlichen Themen und wurde dann in Oberursel als Betriebsführer eines Flugzeugmotorenentwicklungswerkes zwangsverpflichtet. Bis zu seiner Berufung nach Frankfurt war er nach dem Krieg als kommissarischer Oberbürgermeister in Hanau tätig. Im Sommer 1946 unterlag er dem bisherigen Oberstadtdirektor Walter Kolb, blieb aber bis zu seinem Tode der Stadt Frankfurt eng verbunden. Vgl. *Frankfurter Biographie. Personengeschichtliches Lexikon*, hg. v. W. Klötzer, (1994), S. 74f.

<sup>3</sup> Vgl. ISF, Nachlässe, Sign. S 1/38 (Kurt Blaum), Nr. 3, Bd. 1, f. 7 (Brief von Blaum an das Military Government vom 11. August 1945).

Berufsschichten der Bevölkerung sein soll<sup>4</sup>. Deshalb waren in dem Rat Architekten, Politiker und Industrielle der Stadt Frankfurt vertreten, die sich in Vorträgen und Diskussionsrunden mit den theoretischen Grundlagen der Aufräumarbeit befassten<sup>5</sup>.

Nach Blaums eigenen Aussagen griff man in den Beratungen die Resultate eines Arbeitsstabes auf, der im zurückliegenden Jahrzehnt mit „Methoden der Soziographie die Erforschung der ländlichen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in allen Teilen Deutschlands [durchführte]. [...] Die Schlußfolgerungen wurden im Jahr 1944/45 in einem – sorgfältig getarnten – Kreis Frankfurter Sozial- und Kommunal-Wissenschaftler zur Vorbereitung des Wiederaufbaus der zerstörten Städte gemeinsam erarbeitet“<sup>6</sup>, dessen Ziel vor allem die wissenschaftlichen, ab Frühjahr 1945 auch die juristischen Grundlagen waren.

Um die Trümmerbeseitigung voranzutreiben und somit die freiwerdenden Materialien, sofern diese geeignet waren, einer erneuten Nutzung zuführen zu können, sprach sich der Stadtrat Adolf Miersch<sup>7</sup> in der zweiten Sitzung des Bürgerrates vom 13.

---

<sup>4</sup> Ebenda: Hervorhebungen im Original als Unterstreichungen.

<sup>5</sup> 1946 und 1947 erschienen die Vorträge und Ergebnisse im Frankfurter Cobet-Verlag als Reihe: *Wiederaufbau zerstörter Städte*.

<sup>6</sup> So Blaum im Vorwort zu: L. Neundörfer, *Auflockerung von Arbeits- und Wohnstätten*, (*Wiederaufbau zerstörter Städte* 6, 1947), S. 3. In einem von ihm verfassten Brief an den hessischen Ministerpräsidenten Geiler vom 27. März 1946 begründet Blaum den schnellen Beginn der Nachkriegsplanungen mit dem von ihm initiierten Arbeitsstab. Vgl. HSW, Sign. Abt. 502, Nr. 5004b. Darüber hinaus sind keine Informationen vom Stab überliefert.

<sup>7</sup> Adolf Miersch (\* 13. April 1887 in Gelnhausen, † 13. Dezember 1955 in Frankfurt) war unter Ernst May Stadtrat, bevor er 1926 Bürgermeister von Fechenheim wurde. Nach der Eingemeindung zu Frankfurt zwei Jahre später berief man ihn zum Magistratsrat im Bauamt, 1940 zum Obermagistratsrat und nach dem Krieg erneut zum Stadtrat. Vgl. ISF, Nachlässe, Sign. S 1/297 (Adolf Miersch).

September 1945 für die Einrichtung einer Trümmeraufbereitungsstelle aus. Diese sollte maschinell betrieben werden, da die „Menschenkraft [...] zu einer grossen Verteuerung führen“<sup>8</sup> würde. Als einen weiteren Grund führte Miersch in den geheimen Ausführungen den Mangel an Arbeitskräften an, der ausschlaggebender für diese Entscheidung gewesen sein dürfte<sup>9</sup>. Nach dem Abriss sämtlicher noch einsturzgefährdeter Gebäude, „das seien ungefähr 20% der Trümmermasse“<sup>10</sup>, waren anschließend Sichtung, Sortierung und Zerkleinerung des Materials sowie dessen Wiedereinsatz vorgesehen.

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen gründete die Stadt Frankfurt als Haupteigner in Kooperation mit den einheimischen Firmen Philipp Holzmann AG, Metallgesellschaft AG und Wayss & Freytag AG die gemeinnützige Trümmerverwertungsgesellschaft<sup>11</sup>. Der Bürgerrat einigte sich zudem darauf, einen „Sperrbezirk“ um die Innenstadt einzurichten sowie sämtliche Trümmergrundstücke der Stadt, also „80% der vorhandenen [Grundstücke]“<sup>12</sup>, zu

<sup>8</sup> ISF, Nachlässe, Sign. S 1/38 (Kurt Blaum), Nr. 3, Bd. 1, f. 41, S. 9.

<sup>9</sup> Ebenda: „Die Stadtverwaltung und die Stadtbevölkerung hätten das grösste Interesse daran, dass so schnell wie möglich mit der Wiederaufbauarbeit begonnen werde, aber in einem Ausmass und in einem Tempo, das der wahrscheinlichen Bautätigkeit angepasst sei. Diese werde nicht von der Seite des Geldes her bestimmt, sondern einzig und allein von der Zahl der Bauarbeiter, die uns zur Verfügung stehen“.

<sup>10</sup> Ebenda.

<sup>11</sup> Folgend TVG genannt. Vgl. ISF, Nachlässe, Sign. S 1/38 (Kurt Blaum), Nr. 3, Bd. 1, f. 42, dritte, geheime Sitzung des Bürgerrates am 20. September 1945, sowie HSW, Sign. Abt. 502, Nr. 5004b, Vertrag und Gesellschaftsvertrag vom 16. Oktober 1945 und Denkschrift über die Trümmerbeseitigung und -verwertung in Frankfurt vom 15. Dezember 1945. Ausführlich zur TVG vgl. W. Bendix, *Die Hauptstadt des Wirtschaftswunders. Frankfurt am Main 1945–1956*, (*Studien zur Frankfurter Geschichte* 49, 2002), S. 208–225.

<sup>12</sup> P. Jordan, *Trümmerbeseitigung, Trümmerverwertung in Frankfurt am Main*, (*Wiederaufbau zerstörter Städte* 2, 1946), S. 6.

beschlagnahmen. Dadurch sollten die eigenmächtige Wiederverwendung der Trümmermaterialien durch die Eigentümer sowie damit verbundene Einstürze der Neubauten durch eine unkontrollierte Verwendung hitzegeschädigter Baustoffe verhindert werden<sup>13</sup>. Aus Mangel an geeigneten Gesetzen bezog man sich bei der Einrichtung der Innenstadtbausperre, die entgegen des Protestes der Grundstückseigentümer bis zum 1. April 1952 verlängert wurde<sup>14</sup>, auf das nationalsozialistische Reichsleistungsgesetz von 1939<sup>15</sup>, welches der Stadtverwaltung die Möglichkeit der schnellen Enteignung von Grundstücken und Materialien bot. In einer Denkschrift gegen die TVG von Anfang 1946, in der der Stadt die Nutzung ebendieses Gesetzes vorgeworfen wurde<sup>16</sup>, befürchtete man darüber hinaus eine Monopolstellung der Gesellschaft, die

<sup>13</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>14</sup> Vgl. ISF, Sign. V 40/72, II (Beschwerdebrief von Grundstückseigentümern vom 18. Mai 1949 bezüglich der Verlängerung, die am 21. März 1949 in Kraft trat).

<sup>15</sup> Generalbaudirektor Walther Hoss beklagte sich auf der Jahresversammlung der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung 1954 über die Verwendung nationalsozialistischer Gesetze in der frühen Nachkriegszeit (hier auf die *Verordnung über Neuordnungsmaßnahmen zur Beseitigung von Kriegsfolgen* von 1940 bezogen): „Es ist bezeichnend genug [...], daß die Anwendung den betreffenden Städten während fünf und mehr Jahren der Demokratie gut getan hat [...]“. Gleichzeitig wies er am Beispiel von Stuttgart auf deren Nutzen hin, da „Stuttgart nicht wie andere vergleichbare Städte durch Berufung auf die 1940 erlassene Verordnung [...] solche Hemmungen wie übertriebene Einsprachen und Prozesse an ihrer Entstehung verhindern oder wenigstens im wesentlichen unwirksam machen konnte“; S. Prager, *Die deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung. Rückblick und Ausblick, 1922–1955*, (Schriftenreihe der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung 8, 1955), S. 196. Zur Verordnung vgl. „Reichsgesetzblatt“, 1, 1575 (1940).

<sup>16</sup> Vgl. HSW, Sign. Abt. 502, Nr. 5004b (Denkschrift gegen die Gründung vom Januar 1946). Vor allem kritisiert wurden die Monopolstellung sowie die juristische Berufung auf das nationalsozialistische Reichsleistungsgesetz von 1939.

damit verbundene Unterdrückung eines normalen Wettbewerbes, ein hohes finanzielles Risiko für die Stadt sowie eine erhebliche zeitliche Verzögerung des Aufbaues<sup>17</sup>. Trotz der immensen Kritik erfolgte die Umsetzung der Konzepte jedoch nach den Plänen Blaums und seines Arbeitskreises. Sie bildeten letztlich die Basis für die in Hessen ab dem 1. April 1946 allgemein durchgeführte „Baustoffbewirtschaftung“<sup>18</sup>, die eine Konfiskation der gesamten Baumaterialproduktion und Verteilung durch amtliche Stellen beinhaltete. „Maßgebend für die Schaffung dieser Organisation war die Erkenntnis, daß ohne Lenkung und Steuerung, ohne Planwirtschaft, ein Wiederaufbau nach sozialwirtschaftlichen Gesichtspunkten unmöglich ist“<sup>19</sup>. Diese zentral planende Vorgehensweise führte darüber hinaus zu dem 1948 erlassenen „Hessischen Wiederaufbaugesetz“<sup>20</sup>.

---

<sup>17</sup> So befürchtete man, dass „[u]nter Verbot jeder Initiative der Bürgerschaft [...] alle Trümmer der Stadt so lange liegen bleiben [müssen], bis im Laufe des auf 10 Jahre angesetzten Trümmerbeseitigungsvorganges die Reihe an sie kommt“. Vgl. HSW, Sign. Abt. 502, Nr. 5004b, wie Anm. 16.

<sup>18</sup> Ebenda, Brief Gottlob Binders (Minister für Wiederaufbau und politische Bereinigung in Hessen) an Ministerpräsident Karl Geiler vom 11. Januar 1946, in dem Binder Geiler Dokumente zur TVG übermittelt, „da die in ihnen zum Ausdruck gebrachten Methoden und Prinzipien von grosser Bedeutung für ganz Gross-Hessen sind“ und „weil die Verträge auch für andere Städte und für das ganze Land von Bedeutung sein können“.

<sup>19</sup> Vgl. HSW, Sign. Abt. 502, Nr. 5004a (Bericht über die Bauwirtschaft in Hessen der Hauptabteilung Wiederaufbau des Hessischen Staatsministeriums vom 14. April 1948). Im Original durch Unterstreichung hervorgehoben. Am 21. Dezember 1949 wurde in Hessen das 1946 von Blaum erlassene Beschlagnahmungsgesetz durch das Trümmerbeseitigungsgesetz ersetzt. Vgl. ISF, Sign. S 4c/448 (Tätigkeit der Bauverwaltung Hochbau 1948–1954), f. 126.

<sup>20</sup> Ebenda, vgl. den Entwurf einer Antwort vom 11. Oktober 1950 auf eine Anfrage aus Nürnberg, das Baugesetz betreffend, in welchem der Erlass auf den 25. Oktober 1948 datiert wird. Das maßgeblich von Blaum entworfene *Gesetz über Maßnahmen zum Wiederaufbau der Stadt Frankfurt a. M.* (vgl.

Während man nun die Aufräum- und Sicherungsarbeiten initiierte, wurden parallel die allgemeinen Überlegungen zur künftigen Gestaltung Frankfurts fortgesetzt. Höchste Priorität hatte die Wiederinstandsetzung von „Krankenhäusern, Versorgungs- und Verkehrsbetrieben und anderen, für das Gemeinschaftsleben wichtigen Anstalten“<sup>21</sup> sowie, unter Mithilfe der Bevölkerung, die der leicht sanierungsfähigen Wohngebäude außerhalb der Innenstadt. Trotz der bisher eingeleiteten Maßnahmen fühlte sich Adolf Miersch 1946 aber verpflichtet, bezüglich der Planungen explizit folgenden Hinweis auszusprechen: „Die Meinung, wir befänden uns schon mitten im Wiederaufbau, ist [...] leider irrig. Für den Wiederaufbau fehlen zur Zeit noch wesentliche Voraussetzungen. Weder die rechtliche noch die finanzielle und bauwirtschaftliche Seite sind ausreichend unterbaut, um an größere Aufgaben herangehen zu können. Es müssen diese Voraussetzungen erst in zäher Arbeit, teilweise durch Entschließungen der Staatsregierung geschaffen werden“<sup>22</sup>. Vermutlich zielten diese „Entschließungen“ auch auf die erhoffte Entscheidung der jungen Bundesregierung, Frankfurt zur neuen Hauptstadt zu ernennen, welche jedoch 1949 zugunsten Bonn ausfiel.

Die Zerstörungen, die der Zweite Weltkrieg den deutschen Städten brachte, sah man auch in Frankfurt, so Kurt Blaum, als „einmalige Gelegenheit in der Geschichte unseres Gemeinwesen [welche] uns den Mut [gibt], Probleme anzufassen und zu lösen, um die seit Jahrzehnten, oft noch länger, in den deutschen Städten ihre besten Köpfe gerungen und gekämpft haben. Es ist die Mög-

---

HSW, Sign. Abt. 502, Nr. 5004b, Brief von Blaum an Geiler persönlich vom 27. März 1946), dürfte in dieses Konzept ebenfalls mit eingeflossen sein.

<sup>21</sup> A. Miersch, Gebäudeschäden, Baubedarf, Baulenkung in Frankfurt a.M., (*Wiederaufbau zerstörter Städte* 3, 1946), S. 5.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 23.

lichkeit gegeben, die Fehler der Vergangenheit auszumerzen, für die Zukunft bessere menschliche Lebens- und Wirkensbedingungen zu schaffen<sup>23</sup>. Gleichzeitig dämpfte er die hohen Erwartungen und mahnte zur Besonnenheit:

Es wäre billig, wenn ich ihnen die Phrase aufischen würde: Wir wollen Frankfurt schöner aufbauen. Davon halte ich mich fern. [...] Wenn es uns gelingt, Frankfurt unter Anstrengung aller seiner Kräfte in Jahrzehnten so aufzubauen, dass es bei dem Lebensstandard, der dem deutschen Volke und der Frankfurter Bevölkerung möglich sein wird, sich als alte heimliche Hauptstadt des Reiches sehen lassen kann, so ist dies das Aeusserste, was wir erstreben können<sup>24</sup>.

Um dies zu erreichen, so waren sich alle Beteiligten einig, sollte weder die Enge der Altstädte imitiert, noch die angrenzende Bebauung in das weitere Umland verlagert werden, wie unter Ernst May<sup>25</sup> in den zwanziger Jahren geschehen<sup>26</sup>. Stattdessen

<sup>23</sup> Blaum, *Grund- und Vorfragen*, S. 6.

<sup>24</sup> ISF, Nachlässe, Sign. S 1/38 (Kurt Blaum), Nr. 3, Bd. 1, f. 22, S. 17f.

<sup>25</sup> Ernst May (\* 27. Juli 1886 in Frankfurt, † 11. September 1970 in Hamburg) lernte von 1910 bis 1912 im Londoner Architektenbüro Unwyn Gartententwürfe kennen, die er Anfang der zwanziger Jahre in Breslau und anschließend 1925 bis 1930 auf Betreiben des Oberbürgermeister Ludwig Landmann in Frankfurt umsetzte. Nach einem dreijährigen Aufenthalt in Russland emigrierte er nach Kenia, von wo aus er nach dem Krieg wieder nach Deutschland zurückkehrte und Bauplanungen in verschiedenen Städten übernahm. Vgl. *Frankfurter Biographie* (wie Anm. 2).

<sup>26</sup> In diesem Kontext ist der namensgebende Ausspruch des Aufsatzes von Kurt Blaum entstanden. Der Text setzt sich wie folgt fort: „Vor allem muß davor gewarnt werden, utopistische Ideen einer weiträumigen Siedlung, womöglich mit großem Gartenland je Wohnung, in die Umgebung hinein zu erstrecken. Es ist immer noch das richtige, den Weg zwischen Arbeitsstätte und Wohnung möglichst kurz zu halten, [...] dabei aber die Wohnviertel in sich so

postulierte Blaum, dass „durch Beseitigung der Baulücken und übergroßer innenstädtischer Gärten, durch Verbindung verstreuter Baugebiete, aber auch durch sorgfältige Erhaltung der vorhandenen Grüngelände in Form von Kleingärten, Gemüseländereien, Gärtnereien und Parks sowie Sportplätzen, die Frankfurter Bevölkerung im vorhandenen Stadtgebiet gesund [gesiedelt werden kann]. Dazu gehört auch die Verringerung der Stockwerkzahl, die Auskernung der Baublocks durch Beseitigung von Hinterhäusern und Nebengebäuden u. ä. Maßnahmen“<sup>27</sup>. Gerade die letzten von Blaum genannten Initiativen erscheinen nur unter dem Aspekt des von ihm erwarteten Bevölkerungsrückganges sinnvoll, der sich jedoch nicht einstellte; schon 1951 überstieg die Einwohnerzahl den Vorkriegswert<sup>28</sup>. Das neue Frankfurt sollte in autarke, um den Kernbereich herum angeordnete Bezirke zerfallen: „Die künftige Großstadt muß im Innern gleichsam eine Gruppe von Kleinstädten sein“<sup>29</sup>. Das vorherrschende Schlagwort *Dezentralisation* bezog sich dabei sowohl auf die städtebauliche als auch auf die verwaltungstechnische Komponente<sup>30</sup>.

Um die erarbeiteten Prämissen praktisch umzusetzen, teilte man 1947 das im Sommer 1945 wiedereingerichtete Bauamt in

---

anzulegen, daß die Mehrheit der Bevölkerung in offener Bauweise untergebracht ist“.

<sup>27</sup> Blaum, *Grund- und Vorfragen*, S. 28.

<sup>28</sup> Vgl. F. Balsler, *Frankfurt am Main in der Nachkriegszeit und bis 1989*, in: *Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen*, (Veröffentlichungen der Frankfurter Kommission 17, 1994), S. 521.

<sup>29</sup> Neundörfer, *Auflockerung von Arbeits- und Wohnstätten*, S. 17.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 22f. Vgl. auch den Ausspruch Eugen Blancks in einem Brief an Dr. Hans Schmitt vom Nachrichtenamt der Stadt Köln vom 8. Januar 1947: „Ein Mammutgebilde ohne Dezentralisation lehnen wir ab; erstrebt werden müsste eine einheitliche Raumplanung und Verwaltung für den gesamten Siedlungsraum mit weitestgehender Selbstverwaltung aller Teile“. Vgl. ISF, Nachlässe, Sign. S 1/177 (Eugen Blanck), Nr. 13.

die Dezernate Hoch- und Tiefbau auf: Adolf Miersch avancierte zum Leiter des Tief-, Theodor Derlam<sup>31</sup> des Hochbauamtes, Werner Hebebrand<sup>32</sup> des Stadtplanungsamtes und Eugen Blanck<sup>33</sup> zum Stadtrat. Gleichzeitig wurde ein Wettbewerb zur Neuordnung des Straßensystems in und um Frankfurt ausgeschrieben, wobei das Gebiet der Altstadt ausgespart blieb. In diversen Entwürfen sollte

---

<sup>31</sup> Theodor Derlam (\* 13. März 1886 in Frankfurt, † 4. November 1970 in Freiburg) war von 1910 bis zu seiner Pensionierung 1951 in Frankfurt als Architekt bei der Stadt beschäftigt und erhielt durch seine jahrelange Tätigkeit in der Sanierung des Stadtkerns von den Frankfurtern den Namen „Altstadtbaumeister“, vgl. *Frankfurter Biographie* (wie. Anm. 2), S. 152.

<sup>32</sup> Werner Hebebrand (\* 27. März 1899 in Wuppertal-Elberfeld, † 18. Oktober 1966 in Hamburg) arbeitete 1925 bis 29 unter Ernst May, dem er 1930 nach Russland folgte, wo er Wohnbauten und später Krankenhäuser entwarf. Von 1938 bis 1942 entwickelte er für die Wohnungs-AG der Reichswerke Hermann Göring im heutigen Salzgitter Wohnhäuser und war anschließend neben seiner Tätigkeit als Privatarchitekt in Marburg an der Lahn Berater in Sachen Krankenhausbauten für den *Wiederaufbaustab kriegszerstörter Städte* von Albert Speer. Als politisch unbelastet eingestuft, erhielt er 1947 das Amt des Stadtbaudirektors und Leiters des Stadtplanungsamtes in Frankfurt, welche er 1948 aufgrund interner Differenzen wieder aufgab und sich als Architekt wieder nach Marburg zurückzog, sich aber weiterhin in Frankfurter Wettbewerben engagierte. Vgl. *Frankfurter Biographie* (wie. Anm. 2) S. 308f. und ISF, Nachlässe, Sign. S 1/177 (Eugen Blanck), Nr. 12.

<sup>33</sup> Eugen Blanck (\* 5. Mai 1901 in Köln, † 5. März 1980 in Köln) war ebenfalls unter May von 1926 bis 29 in Frankfurt tätig. Zwischendurch in Köln aktiv, bekam er 1943 in Albert Speers Wiederaufbaustab die Planungen zum Aufbau Essens übertragen. 1946 erhielt er die Stelle des Stadtbaurates in Frankfurt und arbeitete mit Hebebrand bis 1948 zusammen, anschließend als freischaffender Architekt. Vgl. W. Hagspiel, *Eugen Blanck (Allgemeines Künstlerlexikon 11, 1995)*, S. 403. Zur Aufgabenverteilung vgl. das von Blanck und Miersch gezeichnete Informationsschreiben vom 6. November 1947, ISF, Nachlässe, Sign. S 1/177 (Eugen Blanck), Nr. 13, sowie W. Durth, N. Gutschow, *Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, (Schriften des Deutschen Architekturmuseums zur Architekturgeschichte und Architekturtheorie, 1988)*, S. 472–477.

dem zu erwartenden Anstieg des Individualverkehrs durch Straßendurchbrüche und -erweiterungen Rechnung getragen werden<sup>34</sup>. So plante man zum Einen, den Durchgangs- und Fernverkehr entlang großer Schneisen am Stadtzentrum vorbei zu führen, zum Anderen großzügige Zufahrtswege zur Innenstadt<sup>35</sup>. Dem folgte ein Innenstadtbauwettbewerb, weiterhin unter Ausparung des Altstadtgebietes, in dessen Rahmen die gewachsene Stadtstruktur teilweise recht rabiät den modernen Erfordernissen angepasst werden sollte, getreu dem Blaumschen Ausspruch von 1946:

Werden nun die öffentlichen Bedürfnisse, vor allem die des Verkehrs, bei der Wiederbebauung zerstörter Stadtbezirke zu klarer Lösung geführt, so wird sich überall die Notwendigkeit ergeben, Straßen zu begradigen, zu verbreitern, neue Plätze in richtiger Form, solche für öffentliche Gebäude und sonstige Anlagen, genügend und richtig gelegene Parkplätze vorzusehen. Es wird vielfach notwendig sein, durch Baublocks, die sich als Sperrriegel erweisen, Durchbrüche herzustellen, kurz, dem Verkehr für seine künftigen Bedürfnisse den besten und sichersten Weg zu schaffen<sup>36</sup>.

Große Bauten in Block- und Zeilenbauweise mit dazwischenliegenden Grünflächen sollten das einheitliche Bild abrunden und der Innenstadt, der sogenannten „City“<sup>37</sup>, einen unverwechselbaren geschäftlichen Charakter verleihen.

---

<sup>34</sup> Vgl. Durth, Gutschow, *Träume in Trümmern*, S. 488–493.

<sup>35</sup> Vgl. Blaum, *Grund- und Vorfragen*, S. 25.

<sup>36</sup> K. Blaum, *Neugestaltung des Bau- und Bodenrechts*, (*Wiederaufbau zerstörter Städte* 4, 1946),

<sup>37</sup> Dabei erfolgte eine Funktionstrennung zwischen der Innenstadt, dem Geschäftsbezirk („City“), und der Altstadt, dem Wohn- und Kulturbezirk. „Alle

Ab Herbst 1948 ging man an die bisher vernachlässigte Neukonzeption der altstädtischen Verkehrswege und Fluchtlinien. Kurt Blaum mahnte schon zwei Jahre früher diesbezüglich:

Weniger sind es Verkehrsfragen und solche der wirtschaftlichen Betätigung als die der Erhaltung des Charakters des Stadtgebiets zwischen Karmeliterkirche, Braubachstraße, Fahrgasse und Mainufer, die die Schwierigkeiten herbeiführen. Man darf sich nicht von einem Historizismus romantischer Art leiten lassen, sondern muß unter sorgfältiger Anpassung an das Erhaltenswerte der geschichtlichen Baudenkmale im Einfühlen [...] in den Geist und den Charakter der damaligen und heutigen Zeit bauen und formen. Hat doch auch in vergangenen Jahrhunderten die Bürgerschaft stets in ausgereiften Formen ihrer jeweiligen Zeit ihre Bauten an und zwischen das Alte gesetzt, und haben doch gerade ehrlich empfundene Baudenkmale selbst in den verschiedensten Stilformen nebeneinander ein städtebaulich einwandfreies Bild als Kunstschöpfung ergeben<sup>38</sup>.

Während Blaum also eine vorsichtige Planung sowie die Integration historischer und sanierfähiger Bauwerke forderte – unter seiner Führung hatte sich die Stadtverwaltung 1946 „bereits dafür

---

diese Aufgaben [Stadtverwaltung, Versammlungsstätten, Museen, Hotels, Wohnviertel] bedingen schon eine stilleres Gepräge, als es der City eigen ist, d. h. bescheideneren Zuschnitt der Straßen und der Platzräume und begrenzte Bauhöhen, ein tonangebendes Vorherrschen des vergleichsweise kleinmaßstäblichen Hauses und Zurückhaltung in der Werbung. Zum eignen Stil dieses Viertels wird es auch gehören, daß es weniger durch den Motor, als durch den Fußgänger bestimmt werden wird, dem in reichem Maße eigene, nur ihm allein vorbehaltenene Bewegungsflächen zugewiesen werden sollen“. ISF, Nachlässe, Sign. S 1/297 (Adolf Miersch), Mappe *Ideenwettbewerb Altstadt kern* der Bauverwaltung Hochbau vom 27. März 1950.

<sup>38</sup> Blaum, *Grund- und Vorfragen*, S. 28f.

ausgesprochen, Paulskirche, Römer und den alten Markt wiederaufzubauen<sup>39</sup> – entschieden sich die städtischen Bauämter für eine durchgehend moderne Planung. Den ehemaligen Stadtgrundriss wollte man dahingehend anpassen, indem die Straßennetze vereinheitlicht, Straßen und Plätze verbreitert, enge Gassen aufgegeben sowie Zeilen- und Blockbebauung mit auflockernden Grünflächen großzügig angelegt werden sollten. Der Fokus lag auf der Vermeidung einer dichtgedrängten Altstadt:

Die Gassen und Plätze, die Häuserbreiten und Bautiefen [...] zeigen, daß die oft in malerischem Reiz sie umhüllenden Mauern und Fachwerke, das Spiel der Giebel, eine *E n g i g k e i t* verdeckten, die das erschütternde Staunen auslöst, wie überhaupt das Leben eines großen Teils der Stadtbevölkerung in diesen Räumen möglich gewesen ist. [...] Hier ist die Frage zu prüfen, ob so überhaupt eine Stadt wieder entstehen darf!<sup>40</sup>

Die noch erhaltene historische Bausubstanz sollte weitgehend aus dem Stadtbild verschwinden; nur die für den Frankfurter Nationalstolz bedeutenden Bauwerke wie Paulskirche, Goethehaus und Römer waren, wie schon erwähnt, in der Wiederaufbauplanung vorgesehen<sup>41</sup>. Schließlich, so lässt Oberbürgermeister Walter

---

<sup>39</sup> „Frankfurter Neue Presse“ vom 3. Oktober 1946, zitiert nach: Durth, Gutschow, *Träume in Trümmern*, S. 478. Auf die Kontroversen um den erfolgten Wiederaufbau der genannten Bauwerke soll hier nicht weiter eingegangen werden.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 9. Die Ansichten Kurt Blaums waren für den Frankfurter Aufbau richtungweisend, so dass hier wiederum auf diese verwiesen wird.

<sup>41</sup> Vgl. Durth, Gutschow, *Träume in Trümmern*, S. 478. Auf die Debatte um die Rekonstruktion dieser Bauten kann hier allerdings nicht eingegangen werden.

Kolb<sup>42</sup> in einem Brief Fried Lübbecke<sup>43</sup> – Gründer des traditionalistischen Bundes tätiger Altstadtfreunde – wissen, „handelt [es] sich ja garnicht um einen Wiederaufbau, sondern um eine völlige Neugestaltung in städtebaulicher und architektonischer Hinsicht, bei deren Lösung die beiden Bauverwaltungen an die Wettbewerbsergebnisse [...] gebunden sind“<sup>44</sup>. Mit diesem Kommentar entgegnete Kolb dem polemischen Vorwurf Lübbeckes, die Stadt hätte ihn und seinen Bund systematisch in der Entscheidungsfrage über die zukünftige Gestaltung der Altstadt übergangen. Lübbeckes Vorstellungen basierten strukturell zwar auf dem Vorkriegszustand<sup>45</sup>, doch war ihm, der sich zeit seines Lebens für die Altstadt

---

<sup>42</sup> Walter Kolb (\* 22. Januar 1902 in Bonn, † 20. September 1956 in Frankfurt), studierte Jura und Volkswirtschaftslehre und wurde nach seiner Tätigkeit als Regierungsreferendar und -assessor von 1924 bis 1930 Dezernent im Landwirtschaftsministerium in Berlin. Von 1931 an war er Landrat in Schmalkalden, wurde jedoch 1933 aus politischen Gründen entlassen und betätigte sich anschließend als Anwalt. 1941 zum Militär eingezogen, berief ihn die britische Militärregierung nach dem Krieg zum Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor von Düsseldorf. Zum 1. September 1946 trat er das Amt des Oberbürgermeisters in Frankfurt an, wo er nach zehnjähriger Amtszeit verstarb. Vgl. ISF, Magistratsakten, Sign. 2.378, Geschichte der Frankfurter Bürgermeister 1935–1955.

<sup>43</sup> Fried Lübbecke (\* 3. Juli 1883 in Wittenberge, † 25. Oktober 1965 in Bad Homburg), promovierter Kunsthistoriker, setzte sich für die Erhaltung der Fachwerkkaltstadt ein und gründete dafür 1922 den durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanzierten *Bund tätiger Altstadtfreunde*. Dieser richtete Bauten und Plätze äußerlich wieder her, erstellte ein Altstadtkataster und kümmerte sich um die arme Altstadtbevölkerung. Vgl. *Frankfurter Biographie* (wie Anm. 2), S. 474f. sowie H.-O. Schembs, *Der Bund tätiger Altstadtfreunde*, in: *75 Jahre Bund tätiger Altstadtfreunde – Freunde Frankfurts 1922–1997*, (1998), S. 16–25.

<sup>44</sup> ISF, Sign. V 40/46, Walter Kolb an Fried Lübbecke am 13. März 1953.

<sup>45</sup> „Wir wünschen und fordern, dass das alte Straßennetz im Grossen und Ganzen erhalten bleibe, und dass man den durchgehenden Autoverkehr um diesen räumlich sehr kleinen Altstadtkern mit den stillen Bezirken seiner

eingesetzt hatte, nun immerhin klar, dass eine originalgetreue Rekonstruktion nicht mehr angebracht sei. Er setzte sich für den Erhalt der gewachsenen Stadtstruktur ein und forderte, dass

man dem Einzelwillen, auch der Eigenwilligkeit der Bauherren und ihrer Architekten freien Lauf [lassen] und [...] nur offensichtliche Verstöße gegen die Bauordnung und den guten Geschmack [verhindern solle]. [...] Auch mit Häusern unserer heutigen Bauformen wird sich die Schönheit der alten Gassen und Plätze überraschend neu bewähren<sup>46</sup>.

Neben der einfühlsamen und traditionsbewussten Neubebauung<sup>47</sup> setzte er sich, wenig erfolgreich, für den Wiederaufbau kunsthistorisch bedeutender Bauten wie des Hauses zum Großen Engel, „des Salzhauses, des Hauses Frauenstein und des Schwarzen Sterns“<sup>48</sup> ein.

---

Kirchen und Klöster herumleite“. ISF, Sign. V 40/47, Brief Lübbeckes an den Stadtrat Moritz Wolf vom 22. September 1948.

<sup>46</sup> Ebenda.

<sup>47</sup> Lübbecke fühlte sich anscheinend verpflichtet, sich zu verteidigen, weil er sowohl für die traditionelle als auch moderne Bauweise eintrat. „Nie ging es uns um die Hülle, stets um den Kern. Wir kämpften für Alt-Frankfurt, nicht so sehr, weil es alt, sondern weil es schön war, kostbar wie eine Altartafel Grünewalds oder ein Choral Johann Sebastian Bachs. Das hinderte uns nicht, für die Gemälde Franz Marcs, Beckmanns und Kokoschkas und die Musik Hindemith und Stravinskys einzutreten, als weitaus die meisten sie noch verlachten und verhöhnten. Auch die zeitgenössische Baukunst wurde stets von uns warmherzig gefördert“. ISF, Sign. V 40/47 (s. Anm. 45).

<sup>48</sup> ISF, Sign. V 40/46: Brief von Lübbecke an Theodor Derlam vom 24. März 1950, in dem Lübbecke den Abriss des Hauses zum Engel beklagte. 1952–1953 wurden sowohl das Salzhaus als auch das Haus Frauenstein in vereinfachter Form wiederaufgebaut. Fast 20 Jahre nach dem Tode Lübbeckes rekonstruierte man zudem annähernd originalgetreu auch das Haus zum Großen Engel und den Schwarzen Stern.

Einen Fürsprecher fand Lübbecke im Architekten Hermann Karl Zimmermann, dem Leiter der Außenstelle des Hessischen Landeskonservators zu Frankfurt am Main. Dieser hatte sich im Rahmen der erhofften Entscheidung der jungen Bundesregierung, Frankfurt zur neuen Hauptstadt zu ernennen, dagegen ausgesprochen, die Altstadt als reines Regierungs- und Geschäftsviertel modern zu überbauen. Wie dem Altstadtbund ging es Zimmermann um jenen ‚Grundcharakter‘ Frankfurts,

der sich durch alle wechselnden Stilrichtungen eines Jahrtausends hindurch unverändert erhalten hat, und auch heute noch an jedem Baurest und Trümmerstück ablesbar ist [...]. Wir wünschen keinen Wiederaufbau in alten Formen (von vereinzelt Sonder- und Ausnahmefällen wie den Fall Goethehaus abgesehen) aber einen Neubau im alten Geiste, als Ausdruck der zutiefst unveränderten und unveränderlichen Wesensart der Bewohner, der Frankfurter Bürger<sup>49</sup>.

Um den modernistischen Tendenzen etwas entgegenzusetzen, reichten Lübbecke und Zimmermann zusammen mit weiteren Architekten<sup>50</sup> im Namen des Altstadtbundes 1949 einen eigenen Entwurf zur Fluchtliniengestaltung der Altstadt ein, der sich eng an der ehemaligen Straßenführung orientierte. Auch dieser sah ein helleres und verkehrsfreundlicheres Stadtzentrum vor, welches durch Platzerweiterungen sowie Begradigungen oder Eliminierungen der engen Gassen umgesetzt werden sollte. Gleichzeitig

---

<sup>49</sup> ISF, Sign. V 40/47: Brief von Zimmermann an den Leiter des Hochbauamtes und Stadtrat Moritz Wolf vom 7. September 1948.

<sup>50</sup> Beteiligt waren der Leiter des Historischen Museum Frankfurts Albert Rapp, der Vorsitzende der Architekten-Vereinigung des Landes Hessen Franz C. Throll sowie Theo Kellner, Architekt der Bauten des Freien Deutschen Hochstifts.

sollte aber so viel historische Bausubstanz wie möglich in den Neubauplan einbezogen werden.

Da die Debatte um die Altstadtgestaltung noch immer im vollen Gange war und keinerlei Ergebnisse zeitigte<sup>51</sup>, organisierten sich darüber hinaus private Grundstückseigentümer, für die der Baustopp erhebliche finanzielle Einbußen bedeutete, sowie Frankfurter Architekten in einer „Arbeitsgemeinschaft Zeil“, die es „sich zur Aufgabe gestellt [hat], selbst Planentwürfe vorzulegen und bestimmenden Einfluss auf die Verkehrsgestaltung zu gewinnen“<sup>52</sup>. Seitens der Stadt wurden derartige Ambitionen jedoch vehement unterbunden, da „sich die Einsprechenden nicht von Gesichtspunkten des Allgemeininteresses leiten lassen, sondern reine Eigeninteressen verfolgen“<sup>53</sup>, und sie des Weiteren in den Augen der Bauverwaltung nicht qualifiziert genug für diese Aufgabe erschienen<sup>54</sup>. Ganz im Sinne eines einheitlichen Gesamtkonzeptes war

---

<sup>51</sup> Ein weiteres Problem, das für eine planerische und vor allem materielle Verzögerung verantwortlich war, soll hier nur kurz angerissen werden: Die Verlegung der bizonalen Verwaltung nach Frankfurt führte zur Gründung der *Frankfurter Aufbau AG* zum 1. Juni 1946, welcher „die praktische Durchführung des Zweizonenbauprogrammes übertragen“ wurde. Sie sollte „alle für die Verlegung der Zweizonenämter und die Etablierung der neugebildeten Organe [...] erforderlichen Voraussetzungen in Frankfurt“ schaffen. Vgl. ISF, Nachlässe, Sign. S1/177 (Eugen Blanck), Nr. 13. Die Oberbauleitung Zweizonenaktion der *Aufbau AG*, der Architekten wie Miersch angehörten, monierte, dass die „im Jahre 1947 durchgeführten und zum Teil noch nicht beendeten Bauvorhaben [...] fast ausschließlich zu Lasten der Frankfurter Bevölkerung“ gingen, da Wohnraum für die Verwaltungsangehörigen und deren Familien freigemacht werden musste und der Transitverkehr anstieg. Vgl. ISF, Magistrat Nachträge, Sign. 336, f. 282.

<sup>52</sup> ISF, Sign. 236: Niederschrift zur Sitzung der Tiefbau-Deputation vom 2. September 1949.

<sup>53</sup> Ebenda.

<sup>54</sup> Die privaten Aufbaugemeinschaften „waren dadurch entstanden, daß ein Architekt, ein Makler oder einer der beteiligten Eigentümer die Interessenten

die Stadtverwaltung auch schon früher gegen derartige Bestrebungen vorgegangen<sup>55</sup>.

Nun, 1949, galt es, unter allen beteiligten Architekten einen gemeinsamen Konsens zu finden. Im Laufe der über dreijährigen Entscheidungsfindung kristallisierte sich ein Wandel im Konzept des Altstadtaufbaus heraus. Die ersten Entwürfe waren, abgesehen von dem des Altstadtbundes, von einer rücksichtslos über den ehemaligen Grundriss hinweggehenden lockeren Block- und Zeilenbauweise mit größtenteils einheitlichen Fluchtlinien geprägt<sup>56</sup>. Sowohl die lockere Verteilung der Bauten, die Freiräume für Grünflächen dazwischen ließ, orientierte sich an der *Charta von Athen*<sup>57</sup>, als auch deren Ausrichtung, die bei allen Planungen, auch den konservativen, größtenteils lichtgünstig von Nord nach Süd konzipiert war. Die dem Wohnkomfort zuträglichen modernen aber monotonen Planungen ignorierten allerdings das individuelle Wesen der Altstadtbauten, wogegen der Altstadtbund als

---

zusammengeführt hatte. Diese Gruppen waren aber nicht gewillt, ihr Vorhaben in die Arbeit der ‚echten‘ Aufbaugemeinschaften einzugliedern und sich deren fachlicher Beratung zu bedienen“. *Aufbauförderungsgemeinschaften in deutschen Städten. Bericht über eine Arbeitstagung*, (1950), S. 26. Interessanterweise beklagt 1950 der Frankfurter Baudirektor Herbert Boehm das Fehlen entsprechender Gemeinschaften „nicht nur mit dem Ausdruck des lebhaften Bedauerns, sondern sogar mit einem gewissen Minderwertigkeitsgefühl, daß andere Städte es in dieser Beziehung schon besser gemacht haben“. Ebenda, S. 75.

<sup>55</sup> Vgl. ISF, Sign. S 4c/448, Tätigkeit der Bauverwaltung Hochbau 1948–1954, f. 126v. Abgesehen von der fehlenden koordinatorischen Kontrolle läßt sich ein weiterer Grund gegen das „Schwarzbauen“, dass man hier kritisierte, anbringen: Durch die Verwendung kriegsbeeinträchtiger Materialien und durch die unfachgemäße Instandsetzung von Wohnbauten bestand erhebliche Gefahr, dass durch einen Einsturz dieser Bauten Personen zu Schaden kämen. Vgl. Jordan, *Trümmerbeseitigung*, S. 9f.

<sup>56</sup> Vgl. Durth, Gutschow, *Träume in Trümmern*, S. 500–509.

<sup>57</sup> Vgl. CIAM, *Dokumente 1928–1939*, hg. v. M. Steinmann, (*Geschichte und Theorie der Architektur* 11, 1979), S. 160–163.

Vertreter der einheimischen Architekten<sup>58</sup> starken Einspruch erhob. In Kooperation mit diesen<sup>59</sup> näherten sich die Positionen einander an, wobei die Verfechter des modernen Lagers die Oberhand behielten. Während die Hauptstraßen, auch aus Kostengründen, in ihrer ursprünglichen Lage annähernd gleich blieben, verringerte sich die Anzahl der schmalen Altstadtgassen, welche zugunsten weniger, dem modernen Verkehr angepasster Zufahrtswege aufgegeben wurden. Die stark schematische Anordnung und homogene Form der Bauten mit einheitlichen Sichtachsen wurde zugunsten einer kleinteiligeren asymmetrischeren Block- und Zeilenbebauung aufgegeben, mit der klaren Zielsetzung, „daß ein technisch und sozial, hygienisch und seelisch angemessener Wohnraum der Bevölkerung sichergestellt werde [...]“<sup>60</sup>. Noch nicht abgerissene Baudenkmäler<sup>61</sup> wurden in die Neuplanung integriert und die Umgebung daran angepasst<sup>62</sup>.

---

<sup>58</sup> Vgl. das Manuskript eines Briefes des Architekten Throll an Oberbürgermeister Kolb vom Mai 1947, ISF, Manuskripte, Sign. S 6a/458, S. 10.

<sup>59</sup> Trotz aller unterschiedlichen Ansichten legte Kolb Wert darauf, zu betonen, dass der „erfahrene Rat“ Lübbeckes gern entgegengenommen werde. Vgl. ISF, Sign. V 40/46 (s. Anm. 44).

<sup>60</sup> Blaum, *Grund- und Vorfragen*, S. 27.

<sup>61</sup> In einem Brief beschwerte sich Lübbecke über den Abriss zahlreicher historischer Bauten noch während der Planungsphase, auf den Theodor Derlam, unter dem 1950 das Haus zum Engel niedergelegt wurde (s. Anm. 48), wie folgt reagierte: „Ich bin froh, Ihnen sagen zu können, dass sich [...] mein Einfluss und meine Erfahrungen sowohl bei der Fluchtliniengestaltung wie auch bei der Gestaltung einzelner Bauten in der Altstadt in Ihrer Gedankenrichtung durchgesetzt haben. Es ist mir bereits gelungen, mehrere Baudenkmäler [...] für die Zukunft zu ‚retten‘. [...] Es muss einmal soweit kommen, dass die ‚neue‘ Altstadt nicht mehr zerstört, sondern nur (radikal) ‚saniert‘ erscheint“. ISF, Sign. V 40/72, II, Brief Derlams an Lübbecke vom 9. Mai 1951.

<sup>62</sup> Vgl. *Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit*, hg. von K. v. Beyme, W. Durth, N. Gutschow, W. Nerdinger, T. Topfstedt, (1992), S. 207.

Die vom Altstadtbund eingebrachten Vorschläge, die zwar vorsahen, Modernes und Traditionelles im neuen Stadtbild zu vereinen, solange dadurch die formale Struktur der ehemaligen Altstadt gewahrt blieb, waren der Stadtverwaltung trotz allem zu sehr an der Vorkriegssituation orientiert. Gegen den geringen Einfluss seines Bundes auf die laufende Gestaltung argumentierte Fried Lübbecke in einer sehr polemischen Weise, sah er sich doch persönlich um sein Lebenswerk, die Pflege und Erhaltung der Altstadt und ihrer Bewohner, betrogen<sup>63</sup>. In Briefen und Zeitungsartikeln kämpfte er gegen die Ansichten der Stadtbauämter und des Bürgermeisters und äußerte sich negativ über die Nachkriegsplaner:

Wie im Dritten Reich halten sie die wichtigen Positionen für die Entscheidung in ihrer Hand und wissen mit geschickter Propaganda die Unfehlbarkeit ihrer Ansichten zu beweisen. [...] Wir glauben, nicht zu übertreiben, wenn wir die bisherige Bautätigkeit in unserer Altstadt als einen architektonischen Mißerfolg, ja als einen schweren Schaden für Frankfurt bezeichnen<sup>64</sup>.

Die Kommentare seitens der Stadtverwaltung gegenüber Lübbecke blieben dagegen betont nüchtern und sachlich:

---

<sup>63</sup> Vgl. ISF, Sign. V 40/72, III, Beschwerde Lübbeckes in einem Brief an den Architekten Franz Heberer vom 10. August 1950: „In ähnlicher Lage war ich vor 25 Jahren, als ich gegen die öffentliche Meinung und vor allem das Hochbauamt mit der Sanierung der Altstadt begann. Auch damals wurde ich als halber Narr betrachtet, bis durch mein ständiges Bohren und Wühlen die Gegenfront sich doch langsam auflöste und auch aus ihrem Lager mir viele Bundesgenossen erwachsen“.

<sup>64</sup> ISF, Sign. V 40/46: Brief von Lübbecke an den Oberbürgermeister Werner Bockelmann vom 31. Juli 1957, betreffs des Wiederaubaus des Gasthofes zum „Schwarzen Stern“, den Lübbecke zum Anlass nimmt, allgemeine Beschwerden zu äußern.

Wenn unsere Arbeit in wichtigen Punkten auseinander strebte, dann nur deshalb, weil ich aus kommunalpolitischen Gründen die Zukunft Frankfurts anders sehe, anders sehen muß und weil ich beim Wiederaufbau der Stadt, die wirtschaftlichen Faktoren, verzeihen Sie, richtiger einschätzte. Es wäre vermessen, zu behaupten, es gäbe nur eine Lösung für die Wiederaufbauaufgabe<sup>65</sup>.

Der geführte Diskurs polarisierte die Frankfurter Bevölkerung: Viele, vor allem aus der gehobenen bürgerlichen Schicht, stellten sich hinter Lübbecke<sup>66</sup>, während die jüngere Generation vor allem einen schnellen Neuanfang umsetzen wollte. Gerade diejenigen Architekten, die in den zwanziger, dreißiger Jahren ihre Ausbildung beendeten und zu arbeiten begannen (dazu gehörte beispielsweise auch Werner Hebebrand), vertraten einen modernistischen Ansatz. Die Auswirkungen des Krieges wurden von ihnen daher eher als Chance denn als Verlust wahrgenommen<sup>67</sup>, da für die Modernisierung der urbanen Strukturen „tiefgreifende Ände-

---

<sup>65</sup> Vgl. ISF, Nachlässe, Sign. S 1/297 (Adolf Miersch): Brief an Lübbecke vom 25. Januar 1953. Weiter heißt es dort: „Aber gibt es für jeden Weg auch eine Finanzierungsmöglichkeit? [...] So anmaßend es klingen mag: nur wenige Jahre sind den Städten für den Wiederaufbau ihrer Stadtkerne gegeben. Unseren Nachkommen wird es überlassen bleiben müssen, darüber zu urteilen, welche Fehler wir gemacht haben“.

<sup>66</sup> Nach eigenen Angaben Lübbeckes: „Der weitaus größere Teil unserer Bürgerschaft steht auf unserer Seite, die wir für die letzte Erhaltung des historisch wertvollen Erbes unserer Stadt leider bisher mit geringem Erfolg kämpften“. Vgl. ISF, Sign. V 40/46 (s. Anm. 64).

<sup>67</sup> Damit griffen sie Ansichten aus dem *Dritten Reich* wieder auf, wo die Kriegszerstörungen wie folgt kommentiert wurden: „Es ist klar, daß unsere im Mittelalter gebauten alten Städte zum großen Teil für den modernen Verkehr gar nicht aufgeschlossen werden können. Eine Stadt wie Magdeburg etwa paßt in die heutige Zeit nicht mehr hinein. Es kann deshalb im Hinblick auf die Gegenwart bedauert werden, daß der Feind uns hier eine Vorarbeit leistet; für die Zukunft wird daraus nur Segen entspringen“. Eintrag im Tagebuch Joseph

rungen an Straßen und Plätzen, am Grundstücksschnitt und bezüglich des Aufbaues notwendig waren. Die planerische Festlegung einiger ganz neuer Straßenzüge und notwendige Verbreiterungen der Straßen wurde hier erleichtert durch die weitgehende Zerstörung<sup>68</sup>. Sie besaßen somit die Möglichkeit und Freiheit, eine Stadt nach ihren Wünschen komplett neu zu konzipieren und umzusetzen, eine Freiheit, die sie sich durch konservative Bestrebungen nicht nehmen ließen.

Der Nachkriegsaufbau Frankfurts, im speziellen der Altstadt, erfolgte langsam, aber systematisch. Die grundlegenden Weichen dafür stellte der Interimbürgermeister Kurt Blaum schon vor Beginn seiner Amtszeit, so dass die ersten Maßnahmen zügig umgesetzt werden konnten. So bestimmt wie der in seinen Ansichten gemäßigte Blaum agierte, arbeiteten ebenso die nachfolgenden Bauämter und verhinderten auf undemokratische Weise die Einmischung anderer Stellen. Im Laufe der Jahre kristallisierten sich zwei gegensätzliche Wiederaufbauströmungen heraus: Die Traditionalisten, allen voran der Leiter des Altstadtbundes Fried Lübbecke, die die grundsätzliche Form der gewachsenen Stadt erhalten wollten, und die Vertreter der Moderne, die ein neues Gesamtkonzept mit nur wenigen Bezügen zur alten Stadt entsprechend der CIAM-Empfehlungen umsetzen wollten. Einig waren sich beide Seiten dahingehend, die Enge der Vorkriegsstadt nicht wieder aufzugreifen und den Bewohnern lebenswertere Wohnverhältnisse bieten zu können. In der letztlich umgesetzten Mischform, in der die modernistischen Tendenzen überwogen, lässt sich der von Kurt Blaum 1946 veröffentlichte

---

Goebbels vom 25. Januar 1944, vgl. *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente*, hg. v. E. Fröhlich, 11 (1998–2008), S. 166.

<sup>68</sup> ISF, Sign. S 4c/448, Tätigkeit der Bauverwaltung Hochbau 1948–1954, f. 3r.

Ausspruch, der Titel des Aufsatzes<sup>69</sup>, als erfüllt betrachten: So wurde ein Maß gefunden zwischen dem Notwendigen – Wiederherstellung der öffentlichen Anstalten und der Infrastruktur, dem Erreichbaren – die schnelle Beräumung der Stadt und Wiederherstellung leicht beschädigter Gebäude, und dem Wünschenswerten – der Umsetzung einer Gesamtplanung für die Innenstadt. Blaum ahnte 1946 allerdings noch nicht, als er prophetisch entbehrungsreiche Jahrzehnte vorhersah<sup>70</sup>, dass das „Wünschenswerte“ innerhalb so kurzer Zeit realisiert werden würde.

---

<sup>69</sup> S. Anm. 26.

<sup>70</sup> „Jahrzehnte wird es dauern, bis die letzten Trümmer beseitigt und restlos die Stadt neu erstanden sein wird. Wir wissen, daß nicht im gleichen Maße materieller Güte wie vor mehreren Jahrzehnten die Städte wieder entstehen werden. Sie werden auf vieles verzichten müssen, die Lebenshaltung wird einfacher, die Form wird schlichter sein. Wir werden sicher nicht all das, was wir heute für die Neugestaltung der Städte für notwendig und richtig halten, erreichen oder durchführen können. Die Zeit des Wiederaufbaus selbst wird neue, noch nicht voraussehbare Schwierigkeiten erbringen“. Blaum, *Grund- und Vorfragen*, S. 31.

## „WŁAŚCIWA RÓWNOWAGA MIĘDZY TYM, CO KONIECZNE, OSIĄGALNE ORAZ GODNE POŻĄDANIA”

ODBUDOWA WE FRANKFURCIE NAD MENEM W LATACH 1945–1955

(STRESZCZENIE)

W marcu 1944 roku Frankfurt nad Menem został zniszczony w znacznym stopniu w wyniku ataków bombowych brytyjskiego lotnictwa. W sierpniu 1945 roku Kurt Blaum, nadburmistrz Frankfurtu w latach 1945–1946, utworzył Radę Miejską, która natychmiast rozpoczęła pracę nad organizacją odbudowy. Miasto przejęło pokryte gruzem parcele oraz utworzyło spółkę, której zadaniem było usuwanie i recykling gruzu. Jednocześnie nadburmistrz Blaum opracowywał nowe przepisy, które ostatecznie znalazły się w podsumowaniu uchwalonej w 1948 roku w Hesji *Ustawie o Odbudowie*.

W praktyce pierwszeństwo realizacji w okresie urzędowania nadburmistrza Waltera Kolba (1946–1956) miały projekty odbudowy budynków użyteczności publicznej oraz uszkodzonych w niewielkim stopniu domów prywatnych, szczególnie na peryferiach. Dopiero w następnych latach rozpoczęto właściwe planowanie odbudowy, z czym związana była również restrukturyzacja urzędów budowlanych w 1947 roku. W tym samym czasie rozpisany został konkurs na plan reorganizacji ciągów komunikacyjnych. Stare Miasto nie zostało w nim ujęte, dopiero rok później włączono tę część aglomeracji do koncepcji. Debaty nad jej kształtem doprowadziła do znacznych kontrowersji między zwolennikami tradycyjnych i nowoczesnych rozwiązań urbanistycznych. Tradycjoniści chcieli odbudowy większości ulic i linii budynków Starego Miasta, wiernej rekonstrukcji znaczących zabytków oraz odbu-

dowy pozostałych budynków z zachowaniem przedwojennego charakteru miasta. W przeciwieństwie do nich zwolennicy koncepcji nowoczesnych planowali budowę luźno stojących bloków mieszkalnych – bez uwzględnienia wcześniejszego układu przestrzennego miasta. Ostatecznie zawarto kompromis, w którym przewidywano odejście od ciasnego układu Starego Miasta oraz bardziej rozproszoną zabudowę poprzez uproszczenie dawnego układu przestrzennego.

Tłumaczenie / Übersetzt von  
Renata Skowrońska

**“ADEQUATE BALANCE BETWEEN THE NECESSARY,  
THE ATTAINABLE AND THE DESIRABLE”**

THE RECONSTRUCTION IN FRANKFURT AM MAIN IN THE YEARS 1945–1955

(SUMMARY)

In March 1944 Frankfurt am Main was destroyed by British bombing raids. In August 1945 Kurt Blaum, town mayor of Frankfurt in the years 1945–1946, created the Town Council, which immediately started the reconstruction of the city. The town became the owner of plots covered in debris, and created a partnership, the aim of which was to get rid of and recycle the debris. At the same time Mayor Kurt Blaum worked on new regulations, which were eventually included in the conclusion of the Reconstruction Act in Hesse in 1948.

In practice, during the term of office of Mayor Walter Kolbe, the priority was given to projects of the reconstruction of public utility buildings and only slightly damaged private houses situated mainly in the suburbs. It was not until later that the proper planning of the reconstruction started, which was connected with the restructuring of construction offices in 1947. At the same time a tender for the reorganization of traffic routes was invited. The Old Town was not included in it. It was not until a year later that that part of agglomeration became part of the concept. The debate over its form led to significant controversies among advocates of tradition and supporters of modern urban solutions. Traditionalists insisted on the reconstruction of the Old Town's most streets and houses, monuments and other buildings preserving their prewar character. On the other hand, supporters of modern con-

cepts planned to construct widely spaced dwelling houses – not taking into account the earlier spatial planning of the city. Eventually, a compromise was reached by rejecting the idea of the tightly spaced Old Town and simplifying the old spatial planning.

Tłumaczenie / translated  
Agnieszka Chabros

